



Rechtsextreme in Kommunalvertretungen – Was können Demokraten tun?

Hinweise des Mobilen Beratungsteams Brandenburg

Bei den Brandenburgischen Kommunalwahlen am 28. September 2008 sind auch einige Vertreter rechtsextremer Parteien in Kommunalvertretungen gewählt worden. Angesichts dieser neuen Situation stellt sich Ihnen wie vielen demokratischen Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten und Gemeindevertreter/innen die Frage, wie Sie sich zu dieser Herausforderung verhalten können.

Bei Einigen löst vielleicht auch die Vorstellung Angst aus, sich mit Leuten auseinandersetzen zu müssen, die selbst oder deren Freunde wegen Gewalttaten vorbestraft sind. Gespräche über die eigenen Befürchtungen, Ideenaustausch, Diskussionen und schließlich die Entwicklung von gemeinsamen Strategien sind deshalb für die Vertreter der demokratischen Parteien unerlässlich.

Die Wochen zwischen Kommunalwahl und den konstituierenden Sitzungen der Kommunalvertretungen sollten für Klärungsprozesse und -gespräche genutzt werden. Im Folgenden sind dazu einige wichtige Gesichtspunkte zusammengestellt.

Für einen darüber hinausgehenden Gedankenaustausch und die Beratung bei der Entwicklung von konkreten Strategien stehen Ihnen die regional zuständigen Berater/innen des Mobilen Beratungsteams des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung gerne zur Verfügung (Kontaktinformation am Schluss).

Allgemeine Gesichtspunkte

Im Umgang mit Rechtsextremen in Kommunalvertretungen gibt es – wie auch sonst in der politischen Praxis – kein Patentrezept und nicht „die eine richtige Lösung“. Als Demokrat/in sollte man sich der rechtsextremen Herausforderung stellen, aber wie das konkret geschehen kann, müssen die Akteure jeweils für ihre Gemeinde, für ihre Stadt und für ihren Landkreis im Einzelnen diskutieren.

Die NPD betont selbst immer wieder, dass sie die bestehende pluralistische Gesellschaft und die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung durch eine Volksgemeinschaft und ein autoritäres Regime ersetzen will. Ähnliches gilt für die DVU. Rechtsextreme stellen Rechtsstaat und Demokratie in Frage – die Auseinandersetzung mit ihnen muss deshalb rechtsstaatlich und demokratisch erfolgen. In der neuen Brandenburgischen Kommunalverfassung heisst es in § 30 Abs. 2: „Gemeindevertreter dürfen an der Übernahme und Auswirkung ihrer Tätigkeit nicht gehindert oder in ihrem Dienst- und Arbeitsverhältnis benachteiligt werden.“ Es widerspricht ebenso den Standards demokratischer Kultur, Familienmitglieder von Rechtsextremen, die selbst nicht politisch aktiv sind, in den politischen Kampf mit einzubeziehen.

Für den jeweils konkreten Umgang mit rechtsextremen Mandatsträgern müssen sich die Demokraten klar werden über ihre übergeordneten Hauptziele und ihre pragmatischen Ziele, über ihre Strategie, über ihre Mittel und Instrumente sowie über die Adressaten ihrer Aktivitäten.

Ziele

An erster Stelle sollte verdeutlicht werden, dass Rechtsextreme die Demokratie ablehnen und angreifen; Rechtsextreme sind Feinde der Demokratie, sie wollen nicht – wie Demokraten - eine bessere Demokratie sondern ein autoritäres System. Rechtsextreme wollen als normale Parteien in den Parlamenten akzeptiert werden. Demokraten sollten diesen Normalisierungsbestrebungen entgegenreten.

Zu den konkreten Handlungszielen können gehören:

- Information und Aufklärung über Ideologie und Strategie der Rechtsextremen,
- Reduzierung der rechtsextremen Stimmenzahl bei der nächsten Wahl,
- Behinderung der außerparlamentarischen Arbeit der Rechtsextremen,
- Skandalisierung der Vertretung von Rechtsextremen in Parlamenten,
- Überzeugung und Abwerbung der rechtsextremen Mandatsträger

Werden Sie sich über Ihre Ziele klar. Diskutieren Sie mit Ihren Bündnispartnern, welchen Zielen Sie Priorität beimessen.

Strategien und Mittel

Drei verschiedene Strategien sind möglich, teilweise können sie kombiniert werden.

I Ignorieren

Mit den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten befasst man sich nicht über das rechtliche gebotene Maß hinaus. Inhaltliche Auseinandersetzungen werden nicht geführt. Symbolische Mittel (Abwenden, Saal verlassen etc). stehen im Vordergrund.

II Einflussbegrenzung

Die Möglichkeiten der Rechtsextremen, sich zu Wort zu melden und Entscheidungen zu beeinflussen werden systematisch reduziert. Es wird versucht, sie aus allen wichtigen Gremien der kommunalen Politik herauszuhalten.

Kluges Nutzen der Geschäftsordnungen oder die Änderung von Geschäftsordnungen können verhindern, dass Rechtsextreme wichtige Funktionen übertragen werden. Dazu könnte zum Beispiel gehören:

- Aufmerksamkeit bei der Neugestaltung der Hauptsatzung und/ oder Geschäftsordnung des Kreistages oder der Gemeindevertretung: Rechtsextremen keine zusätzlichen Sitze in Gremien und Ausschüssen ermöglichen (Ausschussbesetzung nach d'Hondt)
- Sorgsamkeit bei der Verteilung der Ausschussvorsitze – rechtsextremen Mandatsträgern keine wichtigen Ausschussvorsitze zugestehen (Jugend, Soziales usw.)
- Sorgfältige Wahl des Vorsitzes und der Stellvertreter der Gemeindevertretung, da eine erhöhte Kompetenz bei der Vorbereitung der Sitzungen, Aufstellung der Tagesordnung, Umgang mit Störungen und menschenverachtenden Äußerungen usw. erforderlich sein könnte
- Bewusster Umgang mit Anträgen von rechtsextremen Gemeindevertretern: Ablehnen oder in die Ausschüsse verweisen
- Gemeinsame Stellungnahmen der Demokraten zu Anträgen und Anfragen rechtsextremer Volksvertreter

- Alle Aktivitäten von Demokraten, die uneindeutig sind in der Ablehnung der Rechtsextremen oder die sich als Duldung bzw. als Zustimmung interpretieren lassen, werden von den Medien genau beobachtet. Die rechtsextreme Propaganda schlachtet solche Uneindeutigkeiten hemmungslos aus. Vermeiden Sie jede Möglichkeit solcher Instrumentalisierungen.

III Offensive Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Ideologie

Demokraten setzen sich aktiv mit der Argumentationslogik und den Positionen der extremen Rechten auseinander und kritisieren deren Diskussionsbeiträge und Anträge auf der inhaltlichen Ebene.

Die inhaltliche Kritik rechtsextremer Diskussionsbeiträge und Anträge hat dann relativ leichtes Spiel, wenn die zugrunde liegende völkische Ideologie und die Feindschaft zur rechtsstaatlichen Demokratie unverhohlen vorgetragen werden. Mehr Aufwand ist erforderlich, wenn ein Vorschlag auf den ersten Blick sachorientiert wirkt und erst die gründliche Kenntnis seiner Begründung zeigt, dass die vorgeschlagene Neuregelung nicht der Ortsbevölkerung, sondern nur denjenigen zugute kommen soll, die die NPD zum „deutschen Volk“ rechnet. Schließlich wird man es mit Anträgen zu tun haben, die an der Oberfläche wie in der Tiefe nicht ideologisch formuliert sind. An ihnen kann verdeutlicht werden, dass die Mitwirkung in den kommunalen Vertretungsorganen für Rechtsextreme Mittel zum Zweck ist. Nicht eine sachorientierte Bearbeitung der anstehenden Entscheidungen, sondern die Systemveränderung motiviert letztlich ihre Aktivitäten.

Die argumentativ ausgeführte Grundsatzkritik rechtsextremer Ideologie kann mit symbolischem Handeln kombiniert werden. Ein sachlich gerechtfertigter Antrag von Rechtsextremen kann mit der Begründung abgelehnt werden, dass man keine gemeinsame Sache mit den erklärten Feinden der Demokratie machen will. Er kann anschließend von einer der demokratischen Fraktionen erneut eingebracht werden.

Alle Strategien setzen eine gute Verständigung unter den demokratischen Fraktionen sowie eine gute überparteiliche Zusammenarbeit voraus. Sprechen Sie mit den anderen demokratischen Fraktionen und stellen Sie eine strategischen Geschlossenheit mit allen anderen Volksvertretern her.

Optimal wäre ein Minimalkonsens im Umgang mit den Rechtsextremen. Suchen Sie auch die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen außerhalb des Parlamentes.

Adressaten

Die unmittelbaren Adressaten in den Kommunalparlamenten sind die Rechtsextremen. Die eigentlichen Adressaten sind aber die Wähler/innen, die Öffentlichkeit und die Medien. Achten Sie darauf, die Beiträge der Demokraten auf die jeweiligen Adressaten zuzuschneiden. Versorgen Sie zum Beispiel die Medien mit Presseerklärungen.

Inhaltliche Vorbereitung

Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremen in Parlamenten erfordert eine inhaltliche Vorbereitung. Dabei kann man auf die Erfahrungen der letzten Jahre zurückgreifen. Wir haben deshalb unten Weblinks zusammengestellt, die zu Beiträgen mit einer grundsätzlichen Kritik rechtsextremer Ordnungsvorstellungen führen und zu solchen, die sich mit dem Verhalten von Rechtsextremen in Parlamenten und Handlungsoptionen der Demokraten befassen. Wir selbst haben uns bei der Zusammenstellung dieser Hinweise auf die Publikationen von Katharina Beier u.a. sowie von Benno Hafener/ Sven Schönfelder gestützt.

Materialanhang und Kontakt zu den Mobilen Beratungsteams in Brandenburg

- Friedemann Affolderbach/ Solvejg Höppner: „Die NPD ist auf ekelhafte Weise intelligent ...“. Analytische Betrachtungen zum Umgang mit der NPD auf der parlamentarischen Ebene in Sachsen, Leipzig 2005. <http://www.jusos-energiekongress.de/material.php?dir=archiv/material&subdir=/Strategien%20gegen%20Rechts>
- Katharina Beier u.a: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns (2006). http://www.hubertus-buchstein.de/Die_NPD_in_den_kommunalen_Parlamenten_Mecklenburg-Vorpommerns.pdf
- MBR-Berlin (Hrsg.): Kampf um die Rathäuser. Berliner Kommunalpolitik zwischen rechtsextremer Normalisierungsstrategie und demokratischem Handeln. http://www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/2007_MBR_HR_Kampf-um-die-Rath%C3%A4user_sw-Druck.pdf
- Innenministerium Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Kommunen gegen Rechtsextremismus (2007) <http://www.ism.rlp.de/Internet/nav/d08/d0878e64-11fd-43a5-9900-4bd780f8a257.htm>
- Benno Hafenecker/ Sven Schönfelder: Politische Strategien gegen extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie (2007) <http://library.fes.de/pdf-files/do/05021.pdf>
- Dokumentation „Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus“ (2007), hrsg. von Elisabeth Schroedter, MdEP (Fraktion DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament) http://www.elisabeth-schroedter.de/downloads/Gegen%20Rechts_download.pdf
- Nazis in den Parlamenten Berlin. <http://www.nip-berlin.de/daten/index.php>
- Nazis in den Parlamenten Sachsen. <http://nip.systemli.org/>
- Themenseiten „Rechtsextremismus“ der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/links/extremismus.htm>
- Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, MBT
- <http://www.gemeinwesenberatung-demos.de/DasMobileBeratungsteam/tabid/964/Default.aspx>

Mobiles Beratungsteam Angermünde,
Berliner Str. 77, 16278 Angermünde
Jürgen Lorenz, Tel.: 0172 396 1036
Karin Dörre, Tel.: 0173 872 3364
Tel.: 03331 299980 Fax: 03331 299981
mbt-angermuende@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Cottbus,
Friedensplatz 6, 03058 Cottbus OT Gallinchen
Susanne Kschenka, Tel.: 0170 525 5991
Anett Müller, Tel.: 0171 535 6646
Tel.: 0355 430 2441 Fax: 0355 499 3750
mbt-cottbus@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Frankfurt (Oder),
Postfach 1344, 15203 Frankfurt (Oder)
[Hausanschrift: Wiekestr. 1a, 15230 Frankfurt (Oder)]
Ray Kokoschko, Tel.: 0172 326 2233
Robin Kendon, Tel.: 0177 411 6130
Tel.: 0335 500 9664 Fax: 0335 500 9665
mbt-ff@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Neuruppin,
Rudolf-Breitscheid-Str. 38, 16816 Neuruppin
Gabriele Schlamann, Tel.: 0173 632 6919
Nico Scuteri, Tel.: 0170 543 5063
Tel.: 03391 359189 Fax: 03391 659332
mbt-neuruppin@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Potsdam,
Stephensonstr. 23, 14482 Potsdam
Frauke Postel, Tel.: 0173 977 2915
Thomas Weidlich, Tel. 0172 923 4995
Tel.: 0331 505 8883 Fax: 0331 505 8884
mbt-potsdam@BIG-demos.de

Mobiles Beratungsteam Trebbin,
Kirchplatz 4, 14959 Trebbin
Jan Kasiske, Tel.: 0172 607 6913
Andrea Nienhuisen, Tel.: 0172 607 6914
Tel.: 033731-32909 Fax: 033731-32908
mbt-trebbin@BIG-demos.de